

Statement

(Es gilt das gesprochene Wort!)

20. Januar 2026

Elke Hannack

Stellvertretende DGB-Vorsitzende

Statement zur Jahrespressekonferenz 2026

Berlin, 20. Januar 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

die wirtschaftliche Stärke Deutschlands steht und fällt mit den Menschen, die hier arbeiten. Wenn wir über Fachkräftemangel sprechen, dann müssen wir endlich dort ansetzen, wo die Probleme liegen: wie Familien Beruf und Privatleben vereinbaren können, wie wir junge Menschen ausbilden und wie der öffentliche Dienst funktioniert. Das sind die zentralen Stellschrauben für unsere Zukunft.

Lassen Sie mich mit dem ersten Punkt beginnen: Auch in diesem Jahr bleibt das Thema **Vereinbarkeit** ein Dauerbrenner. Genau ein einziges Mal ist im Koalitionsvertrag davon die Rede, nämlich im Zusammenhang mit der Abschaffung des 8-Stunden-Tages. Yasmin Fahimi hat den Punkt soeben angesprochen.

Umso erfreulicher, dass der Bundesfinanzminister in den Haushaltsberatungen im Bundestag versprochen hat, „Milliarden aus dem Investitionsprogramm jetzt auch in Vereinbarkeit zu investieren“. Das ist auch dringend nötig!

Denn wer mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt will, muss für mehr Vereinbarkeit sorgen.

Fast jede zweite Mutter in Teilzeit würde ihre Arbeitszeit erhöhen – wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Das entspricht einem Potenzial von rund 14 Millionen zusätzlichen Wochenstunden – das wären umgerechnet 350.000 zusätzliche Vollzeitstellen.

Wir müssen also ansetzen bei der **Kita-Betreuung**. Derzeit fehlen bundesweit bis zu 383.600 Kita-Plätze; (davon 362.400 im Westen und 21.200 im Osten.) Die Länder – vor allem im Westen – müssen also massiv ausbauen.

Ähnliche Lücken drohen beim **Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung**, der ab diesem Jahr schrittweise gilt – zunächst für die ersten Klassen. Das ist zweifelsfrei ein bildungspolitischer Meilenstein. Aber ob er erfolgreich ist, hängt davon ab, wie wir ihn umsetzen.

Dafür fehlen laut BMFSFJ bundesweit über 100.000 Fachkräfte. Wir brauchen dringend eine Fachkräfteoffensive für alle Berufe in Bildung und Betreuung.

Und: Wir brauchen verbindliche bundesweite Qualitätsstandards für Bildung, Betreuung und Förderung im Ganztag. Nur wenn Qualität, Verlässlichkeit und Chancengleichheit im Mittelpunkt stehen, kann das Vorhaben gelingen.

Damit komme ich zum zweiten großen Thema: dem **öffentlichen Dienst**. Hier zeigt sich besonders deutlich, wie kurzsichtig die aktuelle Politik agiert.

Obwohl seit Jahren zu wenig Personal im öffentlichen Dienst arbeitet und das gravierende Folgen hat, fordern angesichts der angespannten Finanzlage immer mehr Stimmen, weiter Personal abzubauen. Lassen Sie mich das klar sagen: Wer Personal abbaut, baut den Staat ab – und gefährdet das Vertrauen in die Demokratie.

Der öffentliche Dienst soll immer mehr leisten – aber mit immer weniger Personal. Bundesweit fehlen bereits jetzt rund 600.000 Fachkräfte.

Konkret heißt das: Die Kolleginnen und Kollegen halten den Laden mit Überstunden, gestrichenen Pausen und oft sogar trotz Krankheit am Laufen.

Das ist ein Teufelskreis: Dauerstress treibt Beschäftigte weg – und erhöht den Druck auf die, die bleiben. Zugleich wachsen die Aufgaben: Klimaschutz, Digitalisierung, sozialer Zusammenhalt, innere Sicherheit – all das ist ohne einen starken öffentlichen Dienst nicht zu leisten.

Deshalb sagen wir: Personalabbau im öffentlichen Dienst ist der falsche Weg. Wir brauchen eine Einstellungsoffensive, bessere Arbeitsbedingungen, weniger Befristungen und Digitalisierung ohne Stellenabbauprogramme. Ein schwacher öffentlicher Dienst kostet uns Lebensqualität, Gerechtigkeit und Vertrauen. Deshalb setzen wir dem Personalabbau ein klares Stoppschild entgegen.

Und damit bin ich beim dritten Punkt: der **Ausbildung**. Wer Personal halten und gewinnen will, muss gute Arbeitsbedingungen bieten, der muss aber auch ausbilden – das gilt für den öffentlichen Dienst wie für die Privatwirtschaft. Das gilt auch in der Krise, jetzt wo der Stellenabbau in der Industrie auch auf dem Ausbildungsmarkt angekommen ist. Ich kann die Arbeitgeber nur warnen: Wer an der Ausbildung spart, handelt kurzsichtig und gefährdet die eigene wirtschaftliche Entwicklung. Wir brauchen Chancen für die jungen Menschen. Wenn die Konjunktur wieder anspringt, werden die Fachkräfte gesucht. Wenn wir nicht entschlossen gegensteuern, drohen uns in den kommenden Jahren enorme Folgekosten.

Von den 730.000 ausbildungsinteressierten Jugendlichen im Jahr 2025 konnten nur 65 Prozent eine Ausbildung beginnen. Fast drei Millionen jungen Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren haben keine Berufsausbildung. Tendenz steigend.

Deshalb sollte die von der letzten Bundesregierung eingeführte Ausbildungsgarantie im gesamten Bundesgebiet gelten. Das Bremer Modell einer Umlagefinanzierung sollte unbedingt bundesweit Schule machen. Unsere Kolleg*innen in Berlin setzen sich gerade dafür ein, das sie auch in der Hauptstadt kommt, denn hier ist die Jugendarbeitslosigkeit bundesweit am höchsten.

Meine Damen und Herren,

die Herausforderungen sind klar benannt. Und – das ist entscheidend – wir haben auch Lösungen!

Wir brauchen:

- Massive Investitionen in Kitas und Ganztagsbetreuung mit verbindlichen Qualitätsstandards und einer Fachkräfteoffensive.
- Eine Einstellungsoffensive im öffentlichen Dienst und bessere Arbeitsbedingungen.
- Eine echte Ausbildungsgarantie für alle und eine Umlagefinanzierung nach Bremer Modell.

Das sind keine Wünsche – das sind Notwendigkeiten. Wer die wirtschaftliche Stärke Deutschlands sichern will, muss in die Menschen investieren, die dieses Land am Laufen halten.

Vielen Dank.